

Kassel, 30.04.2008

Niederschrift

über die 22. öffentliche Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung am
Montag, 21.04.2008, 16.00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadtverordneten, Rathaus, Kassel

Anwesende: Siehe Anwesenheitsliste

Stadtverordnetenvorsteher Kaiser eröffnet die mit der Einladung vom 10.04.2008 ordnungsgemäß einberufene 22. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Nachfolgende Tagesordnungspunkte werden abgesetzt:

TOP 12: Erschließung des Bergparks in Bad Wilhelmshöhe

Antrag der SPD-Fraktion
- 101.16.791 –

Der Antrag wurde von der Antrag stellenden Fraktion zurückgezogen.

TOP 14: Umbau Kreuzung Altmarkt

Antrag der CDU-Fraktion
- 101.16.823 –

TOP 16: Grüne Welle auf Kasseler Hauptstraßen

Antrag der CDU-Fraktion
- 101.16.858 –

Die Tagesordnungspunkte wurden in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr am 17.04.2008 nicht behandelt.

TOP 27: Dachbegrünung für Gewerbeneubauten zum Standard erheben

Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG
- 101.16.862 –

Der Antrag wurde von der Antrag stellenden Fraktion zurückgezogen.

TOP 29: Rad-City-Route

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD, B90/Grüne und FDP
- 101.16.864 –

TOP 33: Karlsplatz

Antrag der Fraktion B90/Grüne
- 101.16.872 –

Die Tagesordnungspunkte wurden in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr am 17.04.2008 nicht behandelt.

TOP 36: Grundstückserwerb und Grundstücksveräußerung in der Gemarkung Bettenhausen

Vorlage des Magistrats
- 101.16.876 –

TOP 37: Erbbaurechtsangelegenheit in der Gemarkung Kassel

Vorlage des Magistrats
- 101.16.877 –

Die Tagesordnungspunkte wurden im Grundstücksausschuss einstimmig beschlossen.

Anträge zur Änderung bzw. Erweiterung der Tagesordnung

Stadtverordnetenvorsteher Kaiser stellt die Erweiterung der Tagesordnung II um den Antrag der FDP-Fraktion betr. Neugestaltung des Karlsplatzes, 101.16.888, zur Abstimmung. Der Antrag wurde in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr am 17.04.2008 behandelt. Eine Beschlussempfehlung liegt den Anwesenden vor.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gemäß § 10 (6) der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem Geschäftsordnungsantrag auf Erweiterung der TO II um den Antrag der FDP-Fraktion betr. Neugestaltung des Karlsplatzes, 101.16.888, wird **zugestimmt**.

Aufruf des Tagesordnungspunktes unter Nr. 38.

Weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung liegen nicht vor.
Stadtverordnetenvorsteher Kaiser stellt die geänderte Tagesordnung fest.

Tagesordnung I

1. Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

2. Vorschläge der Ortsbeiräte

Es liegen keine Vorschläge der Ortsbeiräte vor.

3. Fragestunde

Die Fragen Nr. 289 bis 302 sind behandelt. Stadtverordnete Reimann bittet um schriftliche Beantwortung der Frage Nr. 102.16.298. Stadtbaurat Witte sagt dies zu.

4. Wahl einer Schiedsperson für den Bezirk V - Kassel-Bad Wilhelmshöhe - Vorlage des Magistrats - 101.16.868 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung wählt Herrn Volker Horn,
geb. am 18.04.1943 in Gießen,
Beruf: Geschäftsführer, wh. Backmeisterweg 5 in 34131 Kassel
als Schiedsperson für den Bezirk V - Kassel-Bad Wilhelmshöhe –
für die nächste Amtsperiode.“

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats betr. Wahl einer Schiedsperson für den Bezirk V - Kassel-Bad Wilhelmshöhe -, 101.16.868, wird **zugestimmt**.

An der Wahl von Herrn Volker Horn zur Schiedsperson für den Bezirk V – Kassel-Bad Wilhelmshöhe – beteiligten sich 66 von 71 Stadtverordneten

5. Umsetzung Sozialgesetzbuch - Zweites Buch (SGB II) Umsetzung Bundesprogramm zur Förderung von zusätzlichen Arbeitsplätzen, die in Regionen mit besonders hoher und verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit durch Kommunen geschaffen werden (Bundesprogramm Kommunal-Kombi)

Vorlage des Magistrats
- 101.16.860 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. „Zur Wiedereingliederung von erwerbslosen Frauen und Männern in Kassel wird angestrebt, durch Teilnahme am Bundesprogramm „Kommunal-Kombi“ mindestens 100 zusätzliche, befristete, sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse zu schaffen.

Dabei sind die folgenden Rahmenbedingungen zu beachten:

- a) Gefördert werden tariflich bzw. ortsüblich entlohnte, sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse für zusätzliche, wettbewerbsneutrale und im öffentlichen Interesse liegende Arbeiten der Stadt Kassel bzw. anderer Arbeitgeber, die im Einvernehmen mit der Stadt Kassel tätig werden.
 - b) Die Arbeitsplätze müssen mit Personen besetzt werden, die seit mindestens 24 Monaten arbeitslos gemeldet sind und die seit mindestens 12 Monaten Arbeitslosengeld II erhalten.
2. Die Stadt zahlt sowohl für eigene, als auch für Arbeitsverhältnisse, die bei Dritten im Rahmen des Programms abgeschlossen werden, ergänzende Lohnkostenzuschüsse.
 3. Für Arbeitsverhältnisse bei städtischen Ämtern werden im Sammelnachweis 1 (SN1) für das Haushaltsjahr 2008 zusätzliche Mittel in Höhe von 280.000,00 € auf folgenden Sachkonten bereitgestellt:

Sachkonto:	Erforderliche Mittel
630 020 000 Gehälter einschl. Zulagen	227.000,00 €
641 000 000 Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung	45.000,00 €

Gehaltsbereich	
647 200 000 Zusatzversorgung Gehaltsbereich	8.000,00 €

Die Deckung der überplanmäßigen Mittel erfolgt durch die zusätzlichen Erträge aus Personalkostenerstattungen auf folgenden Sachkonten:

Sachkonto:	Erforderliche Mittel
508 101 100 Erstattungen von Personalaufwendungen vom Bund; aus dem Programm „Kommunal-Kombi“	112.000,00 €
508 101 500 Erstattungen von Personalaufwendungen vom sonst. öffentlichen Bereich; städt. Mittel aus dem Sachkonto 784 311 200 „Gemeinnützige Arbeit im Sinne des SGB II“	168.000,00 €

Für die Jahre 2009 und 2010 werden die erforderlichen Finanzmittel bei der Haushaltsplanung berücksichtigt.“

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne,
Stadtverordnete Yildirim, Stadtverordneter Häfner
Ablehnung: FDP
Enthaltung: Kasseler Linke.ASG
den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats betr. Umsetzung Sozialgesetzbuch - Zweites Buch (SGB II) Umsetzung Bundesprogramm zur Förderung von zusätzlichen Arbeitsplätzen, die in Regionen mit besonders hoher und verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit durch Kommunen geschaffen werden (Bundesprogramm Kommunal-Kombi), 101.16.860, wird **zugestimmt.**

Stadtverordneter Selbert bringt für die Fraktion Kasseler Linke.ASG folgenden Änderungsantrag ein:

➤ **Änderungsantrag Fraktion Kasseler Linke.ASG**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Im Punkt 1 erhält der erste Satz folgende Fassung:
Zur Wiedereingliederung von erwerbslosen Frauen und Männern in Kassel wird angestrebt, durch Teilnahme am Bundesprogramm "Kommunal-Kombi" zusätzliche, befristete, sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse im Umfang der für Kassel förderfähigen Stellen zu schaffen.

An Punkt 1a) wird angefügt:
Die Kriterien der Zusätzlichkeit, Wettbewerbsneutralität und des öffentlichen Interesses werden in Zusammenarbeit mit dem Hartz-IV-Beirat, VertreterInnen

der Erwerbslosen und den jeweiligen Arbeitnehmervertretungen geprüft.

An Punkt 1b) wird angefügt:

In besonderen Härtefällen kann von der ununterbrochenen Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes II von 12 Monaten abgewichen werden.

Bei Punkt 1 werden als weitere Rahmenbedingungen angefügt:

- c) Die Besetzung der Stellen erfolgt grundsätzlich freiwillig und auf der Grundlage von Stellenausschreibungen und Bewerbungen.
- d) Vorrangig werden bestehende Arbeitsgelegenheiten mit MAE (1-Euro-Jobs) in Stellen des Programms Kommunal-Kombi umgewandelt.
- e) Die Stellen werden mit einer Befristung von drei Jahren angeboten.
- f) Die Programmumsetzung erfolgt analog Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst. Die Entgeltgruppe richtet sich jeweils nach Qualifikation und Arbeitsplatz - ohne Schwerpunktsetzung und Begrenzung auf untere Entgeltgruppen.

Die Zahlen in Punkt 3 sind nach folgender Zielsetzung anzupassen:

Die für 2008 erforderlichen Mittel werden so festgesetzt, dass eine Ausschöpfung des vollen Umfangs der für Kassel förderfähigen Stellenzahl abgedeckt wird.

Der letzte Satz von Punkt 3 erhält folgenden Wortlaut:

Für die Jahre 2009 und 2010 werden die erforderlichen Finanzmittel bei der Haushaltsplanung in einer Höhe berücksichtigt, dass eine Ausschöpfung des vollen Umfangs der für Kassel förderfähigen Stellenzahl abgedeckt wird.

Als vierter Punkt wird hinzugefügt:

- 4. Der Magistrat berichtet über die Umsetzung des Programms mindestens einmal jährlich im Sozial-Ausschuss und im Ausschuss für Finanzen Wirtschaft und Grundsatzfragen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke.ASG, Stadtverordnete Yildirim
Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP, Stadtverordneter Häfner
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG zum Antrag des Magistrats betr. Umsetzung Sozialgesetzbuch - Zweites Buch (SGB II) Umsetzung Bundesprogramm zur Förderung von zusätzlichen Arbeitsplätzen, die in Regionen mit besonders hoher und verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit durch Kommunen geschaffen werden (Bundesprogramm Kommunal-Kombi), 101.16.860, wird **abgelehnt**.

6. Für einen sozial gerechten Mindestlohn in den kommunalen Betrieben und städtischen Beteiligungsgesellschaften

Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG
- 101.16.499 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert

bis zum 1. Januar 2008 in allen städtischen Betrieben und Beteiligungsgesellschaften ein System Dualer Mindestlöhne fest zu schreiben. Das System Dualer Mindestlöhne zeichnet sich durch die Kopplung eines auf kommunaler Ebene festzulegenden Mindestlohns mit tariflich vereinbarten und per Gesetz fixierten, brachenbezogenen Mindestlöhnen aus. Der kommunale Mindestlohn pro Stunde wird auf 8 € brutto festgesetzt. Liegen die untersten Tarifentgelte einer Branche innerhalb der städtischen Betriebe und Beteiligungsgesellschaften über dieser gesetzlichen Mindestanforderung, so gelten diese als Mindestlohn der jeweiligen Branche.

Die Stadt Kassel verpflichtet sich die Einhaltung der branchenüblichen Tarifverträge und des kommunalen Mindestlohnes bei der Vergabe von Ausschreibungen und Aufträgen an Fremdfirmen zu gewährleisten.

Die Vertreterinnen und Vertreter der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrates in den Aufsichtsräten der städtischen Betriebe und städtischen Beteiligungsgesellschaften achten auf die Einhaltung der Tarifverträge und des kommunalen Mindestlohns.

Stadtverordneter Selbert ändert für die Fraktion Kasseler Linke.ASG den Antrag ab. Der dritte Satz, „Die Stadt Kassel verpflichtet sich ...“ bis „... zu gewährleisten.“ wird ersatzlos gestrichen.

➤ Geänderter Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert

bis zum 1. Januar 2008 in allen städtischen Betrieben und Beteiligungsgesellschaften ein System Dualer Mindestlöhne fest zu schreiben. Das System Dualer Mindestlöhne zeichnet sich durch die Kopplung eines auf kommunaler Ebene festzulegenden Mindestlohns mit tariflich vereinbarten und per Gesetz fixierten, brachenbezogenen Mindestlöhnen aus. Der kommunale Mindestlohn pro Stunde wird auf 8 € brutto festgesetzt. Liegen die untersten Tarifentgelte einer Branche innerhalb der städtischen Betriebe und Beteiligungsgesellschaften über dieser gesetzlichen Mindestanforderung, so gelten diese als Mindestlohn der jeweiligen Branche. Die Vertreterinnen und Vertreter der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrates in den Aufsichtsräten der städtischen Betriebe und städtischen Beteiligungsgesellschaften achten auf die Einhaltung der Tarifverträge und des kommunalen Mindestlohns.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke.ASG, Stadtverordnete Yildirim
Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP, Stadtverordneter Häfner
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der geänderte Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG betr. Für einen sozial gerechten Mindestlohn in den kommunalen Betrieben und städtischen Beteiligungsgesellschaften, 101.16.499, wird **abgelehnt**.

- 7. Tariftreue sicherstellen**
Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG
- 101.16.501 -

Stadtverordneter Selbert zieht den Antrag für die Fraktion Kasseler Linke.ASG zurück.

- 8. Erstellung eines Verkehrskonzepts für Niederzwehren**
Antrag der SPD-Fraktion
- 101.16.675 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat der Stadt Kassel wird aufgefordert, für den Stadtteil Niederzwehren ein Verkehrskonzept zu erstellen. Bei der Erstellung

sollen der Ortsbeirat Niederrhede sowie Anlieger in Form eines „Workshops“ beteiligt werden und deren Interessen berücksichtigt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG, FDP,
Stadtverordneter Häfner
Ablehnung: CDU
Enthaltung: Stadtverordnete Yildirim
den

Beschluss

Dem Antrag der SPD-Fraktion betr. Erstellung eines Verkehrskonzepts für Niederrhede, 101.16.675, wird **zugestimmt**.

- 9. Mitgliedschaft der Stadt Kassel im Klimabündnis e.V.**
Antrag der Fraktion B90/Grüne
- 101.16.681 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert,
die Mitgliedschaft der Stadt Kassel im Klima-Bündnis e.V. zu
beantragen.

Stadtverordneter Häfner stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf Überweisung des Antrags in den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: Stadtverordneter Häfner
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG, FDP,
Stadtverordnete Yildirim
Enthaltung: CDU
den

Beschluss

Der Geschäftsordnungsantrag auf Überweisung des Antrags der Fraktion B90/Grüne betr. Mitgliedschaft der Stadt Kassel im Klimabündnis e.V., 101.16.681, in den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen wird **abgelehnt**.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG, FDP,
Stadtverordnete Yildirim

Ablehnung: CDU

Enthaltung: Stadtverordneter Häfner
den

Beschluss

Dem Antrag der Fraktion B90/Grüne betr. Mitgliedschaft der Stadt Kassel im Klimabündnis e.V., 101.16.681, wird **zugestimmt**.

10. Kommunalpolitik im Rahmen des Unterrichts

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der FDP, SPD, CDU, B90/Grüne und Kasseler Linke.ASG
- 101.16.683 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt, über das Schulverwaltungsamt alle Kasseler Schulen anzuschreiben, um diese über die Möglichkeit zu informieren, Kommunalpolitik im Rahmen des Unterrichts zu behandeln.

Über Diskussionsrunden, Führungen im Kasseler Rathaus oder ein Planspiel Kommunalpolitik, soll Schülerinnen und Schülern die Politik vor Ort näher gebracht werden.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: Stadtverordnete Yildirim
den

Beschluss

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der FDP, SPD, CDU, B90/Grüne und Kasseler Linke.ASG betr. Kommunalpolitik im Rahmen des Unterrichts, 101.16.683, wird **zugestimmt**.

11. Deutsche Bahn als öffentlichen Verkehrsträger dauerhaft erhalten

Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG

- 101.16.689 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt eine Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn AG grundsätzlich ab und fordert, die Deutsche Bahn als öffentlichen Verkehrsträger dauerhaft zu erhalten.

Von einer Privatisierung der Bahn sind für Kassel substantielle Nachteile zu erwarten:

- Eine Privatisierung würde einen flächendeckenden Bahnverkehr gefährden. Statt des längst überfälligen Ausbaus einer Mitte-Deutschland-Verbindung über Kassel sind weitere Streichungen von Verbindungen nach Kassel zu erwarten.
- Die mit der Privatisierung zu erwartende Konzentration der Bahn auf rentable Fernverkehrsverbindungen und die weitere Kürzung von Regionalisierungsmitteln würden den Nahverkehr gefährden und die Fortentwicklung des Regiotram-Systems in Frage stellen.
- Die mit der Privatisierung zu erwartende weitere massive Abbau von Arbeitsplätzen würde auch Arbeitsplätze in Kassel gefährden.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, sich dafür einzusetzen, dass die kommunalen Spitzenverbände sich in diesem Sinn gegen eine Bahnprivatisierung und für den Erhalt der Bahn als integriertes öffentliches Verkehrsunternehmen aussprechen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG, Stadtverordnete Yildirim

Ablehnung: SPD, CDU, FDP, Stadtverordneter Häfner

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG betr. Deutsche Bahn als öffentlichen Verkehrsträger dauerhaft erhalten, 101.16.689, wird **abgelehnt**.

12. Erschließung des Bergparks in Bad Wilhelmshöhe

Antrag der SPD-Fraktion
- 101.16.791 -

Der Antrag wurde von der Antrag stellenden Fraktion zurückgezogen.

13. Raumplanung im Kulturhaus Dock 4, Bestandsgarantie für freie Kulturszene

Antrag der Fraktion B90/Grüne
- 101.16.812 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Das erste Obergeschoss im Kulturhaus Dock 4 und das Deck 1 als kommunale Bühne sowie die ehemaligen Gastronomieräume werden dauerhaft der freien Kulturszene zur Verfügung gestellt.
2. Die ehemalige Sporthalle steht der freien Kulturszene im Kulturhaus Dock 4 für kulturelle Veranstaltungen wie Workshops, Schultheater, Kinder- und Jugendtheater und für freie Produzenten weiterhin zur Verfügung. Ausnahme ist die Nutzung durch die documenta GmbH während des documenta-Ausstellungsjahres.
3. Diese Regelung soll gelten, bis ein zukünftiger Standort und die Versorgung von angemessenen Büroräumen für die documenta GmbH, für Büros der Kunsthalle und für das documenta-Archiv incl. erweiterter Archivräume geklärt sind oder ein alternativer Standort für ein innerstädtisches annehmbares Kulturhaus gefunden wurde.

Stadtverordnete Mütterthies bringt für die CDU-Fraktion einen Änderungsantrag ein, der von der Faktion B90/Grüne übernommen wird. Der 1. Absatz des Ursprungsantrags wird geändert, die Absätze 2 und 3 bleiben erhalten.

➤ Geänderter Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

- 1. Sich für eine Bestandsgarantie des Kulturhauses Dock 4 zugunsten des Erhalts dieser Einrichtung für die freie Kulturszene einzusetzen. Bis auf das 2. Ober- u. eventuell das Dachgeschoss sollen alle Flächen weiterhin der freien Kulturszene zur Verfügung stehen.**
2. Die ehemalige Sporthalle steht der freien Kulturszene im Kulturhaus Dock 4 für kulturelle Veranstaltungen wie Workshops, Schultheater, Kinder- und Jugendtheater und für freie Produzenten weiterhin zur Verfügung.

Ausnahme ist die Nutzung durch die documenta GmbH während des documenta-Ausstellungsjahres.

3. Diese Regelung soll gelten, bis ein zukünftiger Standort und die Versorgung von angemessenen Büroräumen für die documenta GmbH, für Büros der Kunsthalle und für das documenta-Archiv incl. erweiterter Archivräume geklärt sind oder ein alternativer Standort für ein innerstädtisches annehmbares Kulturhaus gefunden wurde.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: SPD
den

Beschluss

Dem geänderten Antrag der Fraktion B90/Grüne betr. Raumplanung im Kulturhaus Dock 4, Bestandsgarantie für freie Kulturszene, 101.16.812, wird **zugestimmt**.

14. Umbau Kreuzung Altmarkt

Antrag der CDU-Fraktion
- 101.16.823 -

Abgesetzt

15. Patenschaftsprojekt für Kinder mit alkoholbelasteten Eltern

Antrag der SPD-Fraktion
- 101.16.856 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, aufgrund der guten Erfahrung des Kasseler Familienberatungszentrums bei der Umsetzung des Patenschaftsmodells für Kinder psychisch erkrankter Eltern dieses Modell im Zusammenwirken mit den Suchtberatungsstellen auch für Kinder alkoholabhängiger Eltern einzuführen.

Stadtverordnete Mattern bringt für die Fraktion B90/Grüne einen Änderungsantrag ein, der von der SPD-Fraktion übernommen wird. In der letzten Zeile des Antrags wird das Wort „alkoholabhängiger“ durch „suchtkranker“ ersetzt.

➤ **Geänderter Antrag**

Patenschaftsprojekt für Kinder suchtkranker Eltern

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, aufgrund der guten Erfahrung des Kasseler Familienberatungszentrums bei der Umsetzung des Patenschaftsmodells für Kinder psychisch erkrankter Eltern dieses Modell im Zusammenwirken mit den Suchtberatungsstellen auch für Kinder **suchtkranker** Eltern einzuführen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem geänderten Antrag der SPD-Fraktion betr. Patenschaftsprojekt für Kinder suchtkranker Eltern, 101.16.856, wird **zugestimmt**.

- 16. Grüne Welle auf Kasseler Hauptstraßen**
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.16.858 -

Abgesetzt

Tagesordnung II (ohne Aussprache)

- 17. Friedhofswesen**
Antrag der FDP-Fraktion
- 101.16.773 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt, im Friedhofsausschuss darauf hinzuwirken, dass die Satzung für die Kasseler Friedhöfe überarbeitet wird. Dabei sollen die Bestimmungen, die der Friedhofsverwaltung eine alleinige Aufgabeerfüllung sichern, überarbeitet werden. Nicht alle der in der derzeitigen Fassung genannten Aufgaben sind tatsächlich als hoheitlich zu qualifizieren. Es sind die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Pflege grundsätzlich aller Grabarten und der Rasenschnitt zukünftig auch durch private Anbieter erfolgen kann. Dies gilt auch für die Pflege der Ehrengräber der Stadt. Ggf. sind die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Arbeiten ausgeschrieben werden können.

Bei der Überarbeitung der Satzung sind auch die Gestaltungsvorschriften zu vereinfachen und bürgerfreundlicher zu gestalten.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: FDP, Stadtverordneter Häfner
Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG,
Stadtverordnete Yildirim
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Antrag der FDP-Fraktion betr. Friedhofswesen, 101.16.773, wird **abgelehnt**.

18. Überschüsse Stadtreiniger Antrag der CDU-Fraktion - 101.16.815 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass die im Ergebnis der Stadtreiniger erzielten Überschüsse den Gebührenzahlern zurückerstattet werden. Hierzu sollte der Magistrat im Frühjahr 2008 ein tragfähiges Konzept vorlegen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: Kasseler Linke.ASG, Stadtverordnete Yildirim
den

Beschluss

Dem Antrag der CDU-Fraktion betr. Überschüsse Stadtreiniger, 101.16.815, wird **zugestimmt**.

19. Kommunale Arbeits- und Ausbildungsförderung

Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG
- 101.16.817 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Ein Konzept für ein Qualifikationsprogramm für Arbeitslose in Kassel zu erstellen und es in der Septembersitzung 2008 des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport vorzustellen.

Geeignete Betätigungsfelder wie z.B. der Kinderbauernhof am Katzensprung oder der ehemalige Reitstall sind zu ermitteln.

Für diese Ausbildungsprojekte ist ebenfalls ein Realisierungsplan zu erstellen.

Geeignete Drittmittelinwerbungen sollen in die Konzeptüberlegungen einbezogen werden.

Die Ausbildungsvergütung soll dem Tarif entsprechen.

➤ **Änderungsantrag der SPD-Fraktion**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird **aufgefordert zu prüfen, ob weitere Qualifikationsmaßnahmen für jugendliche Erwerbslose eingerichtet werden können.**

Über das Ergebnis der Prüfung soll bei der Vorstellung des nächsten Halbjahresberichts der AFK berichtet werden.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, Stadtverordneter Häfner,
Stadtverordnete Yildirim

Ablehnung: FDP

Enthaltung: Kasseler Linke.ASG
den

Beschluss

Dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion betr. Kommunale Arbeits- und Ausbildungsförderung, 101.16.817, wird **zugestimmt**.

➤ **Durch Änderungsantrag der SPD-Fraktion geänderter Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird **aufgefordert zu prüfen, ob weitere Qualifikationsmaßnahmen für jugendliche Erwerbslose eingerichtet werden können.**

Über das Ergebnis der Prüfung soll bei der Vorstellung des nächsten Halbjahresberichts der AFK berichtet werden.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG,
Stadtverordneter Häfner, Stadtverordnete Yildirim

Ablehnung: FDP

Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem durch Änderungsantrag der SPD-Fraktion geänderten Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG betr. Kommunale Arbeits- und Ausbildungsförderung, 101.16.817, wird **zugestimmt**.

20. Pädagogischer Mittagstisch am Wilhelmsgymnasium

Antrag der CDU-Fraktion
- 101.16.833 -

➤ **Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, parallel zur Errichtung der Drei-Felder-Sporthalle am Wilhelmsgymnasium möglichst zeitgleich die entsprechenden räumlichen Voraussetzungen für den pädagogischen Mittagstisch zu schaffen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem geänderten Antrag der CDU-Fraktion betr. Pädagogischer Mittagstisch am Wilhelmsgymnasium, 101.16.833, wird **zugestimmt**.

21. 4. Beteiligungsbericht der Stadt Kassel

Antrag des Stadtverordnetenvorstehers

- 101.16.835 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den beigefügten 4. Beteiligungsbericht der Stadt Kassel zur Kenntnis und hat ihn gemäß § 123 a HGO erörtert.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: Kasseler Linke.ASG

den

Beschluss

Dem Antrag des Stadtverordnetenvorstehers betr. 4. Beteiligungsbericht der Stadt Kassel, 101.16.835, wird **zugestimmt**.

22. Einrichtung einer Einjährigen Fachschule, Fachrichtung Bürokommunikation an der Martin-Luther-King-Schule, Berufliche Schule der Stadt Kassel, zum 01.08.2008

Vorlage des Magistrats

- 101.16.840 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Einrichtung einer Einjährigen Fachschule, Fachrichtung Bürokommunikation an der Martin-Luther-King-Schule, Berufliche Schule der Stadt Kassel, zum 01.08.2008 wird zugestimmt.“

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats betr. Einrichtung einer Einjährigen Fachschule, Fachrichtung Bürokommunikation an der Martin-Luther-King-Schule, Berufliche Schule der Stadt Kassel, zum 01.08.2008, 101.16.840, wird **zugestimmt**.

23. Betreuungs- und Tarifordnung für die Inanspruchnahme von Angeboten der Tagesbetreuung der Stadt Kassel (BTO)

Vorlage des Magistrats
- 101.16.848 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Betreuungs- und Tarifordnung für die Inanspruchnahme von Angeboten der Tagesbetreuung der Stadt Kassel (BTO) in der aus der Anlage zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung.“

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: Kasseler Linke.ASG, Stadtverordnete Yildirim
den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats betr. Betreuungs- und Tarifordnung für die Inanspruchnahme von Angeboten der Tagesbetreuung der Stadt Kassel (BTO), 101.16.848, wird **zugestimmt**.

24. Energ(et)isches Kassel
Antrag der Fraktion B90/Grüne
- 101.16.857 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, im Ausschuss für Umwelt und Energie über Ziele und bereits erbrachte Ergebnisse des Gutachtens „Energ(et)isches Kassel“ zu berichten.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem Antrag der Fraktion B90/Grüne betr. Energ(et)isches Kassel, 101.16.857, wird **zugestimmt**.

25. Auedamm
Antrag der Fraktion B90/Grüne
- 101.16.859 -

Geänderter Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, inwiefern das Miteinander von Fußgängern, Radfahrern, Inline-Skatern und Autofahrern auf dem Auedamm verbessert werden kann. Insbesondere ist dafür eine Verbesserung der Situation für den Fahrradverkehr anzustreben, hierbei ist auch die Bedeutung des Auedamms als (mögliche) Fernradroute zu berücksichtigen.

Folgende Maßnahmen dazu sollen geprüft werden:

- a) Verbesserung der Bedingungen für den Radverkehr durch die Anlage von Radverkehrsanlagen auf der Fahrbahn.
- b) Ggf. Umorganisation der Parkierungsmöglichkeiten für Autos.
- c) Sperrung des Auedamms für Autofahrer an bestimmten Tagen/zu bestimmten Stunden.
- d) Sperrung des Auedamms auf der Höhe der Schwimmbadbrücke.

- e) Eine Einbahnstraßenregelung. Dabei soll auch die Möglichkeit temporärer Einbahnstraßenregelungen geprüft werden.
- f) **Es sollen alle Fördermöglichkeiten geprüft werden. Über die Ergebnisse soll im Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr berichtet werden.**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem geänderten Antrag der Fraktion B90/Grüne betr. Auedamm, 101.16.859, wird **zugestimmt**.

26. Promenade am Fuldaufer

Antrag der FDP-Fraktion
- 101.16.861 -

➤ **Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt, eine Alternativplanung zu dem bisher geplanten Fuldauferrandweg mit Kostenaufstellung und grafischer Darstellung für **eine bessere** Nutzung des Auedammes **für Radfahrer und Fußgänger** unter Einbeziehung der östlichen Fuldaseite und der Fuldabrücken zu erstellen.

Stadtverordneter Oberbrunner verlässt wegen Widerstreits der Interessen den Sitzungssaal.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: CDU, Kasseler Linke.ASG, FDP, Stadtverordneter Häfner
Ablehnung: SPD, B90/Grüne
Enthaltung: Stadtverordnete Yildirim
den

Beschluss

Der geänderte Antrag der FDP-Fraktion betr. Promenade am Fuldaufer, 101.16.861, wird **abgelehnt**.

- 27. Dachbegrünung für Gewerbeneubauten zum Standard erheben**
Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG
- 101.16.862 -

Der Antrag wurde von der Antrag stellenden Fraktion in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr am 17. April 2008 zurückgezogen.

- 28. Analyse der Finanzen**
Antrag der FDP-Fraktion
- 101.16.863 -

➤ **Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt, bis **spätestens** zum Herbst 2008 eine Analyse der Finanzen (**einschließlich** der Finanzausweisungen des Landes) für die Stadt Kassel, **den Landkreis Kassel und die neue Organisation Region Kassel** zu erstellen und darüber im Ausschuss zur Entwicklung der Region Kassel zu berichten.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: Stadtverordnete Yildirim
den

Beschluss

Dem geänderten Antrag der FDP-Fraktion betr. Analyse der Finanzen, 101.16.863, wird **zugestimmt**.

- 29. Rad-City-Route**
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD, B90/Grüne und FDP
- 101.16.864 -

Abgesetzt

30. Kosten der Unterkunft anpassen
Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG
- 101.16.865 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt:

Die Sätze für die Kosten der Unterkunft (KdU) für Transferleistungsbezieher werden um die wegen der erhöhten Abwassergebühren zu erwartenden Steigerung der Nebenkosten angepasst.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke.ASG, Stadtverordnete Yildirim
Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP, Stadtverordneter Häfner
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG betr. Kosten der Unterkunft anpassen, 101.16.865, wird **abgelehnt**.

31. Armutsfeste Grundsicherung für Kinder und Jugendliche
Antrag der Fraktion B90/Grüne
- 101.16.866 -

➤ **Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadt Kassel spricht sich für eine eigenständige, armutsfeste Grundsicherung für Kinder und Jugendliche aus.

Der Magistrat der Stadt Kassel wird aufgefordert, sich in diesem Sinne beim Deutschen Städtetag einzusetzen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: Stadtverordnete Yildirim
den

Beschluss

Dem geänderten Antrag der Fraktion B90/Grüne betr. Armutsfeste Grundsicherung für Kinder und Jugendliche, 101.16.866, wird **zugestimmt**.

32. Verordnung zur Änderung der Gefahrenabwehrverordnung über das Führen von Hunden in der Stadt Kassel (Kasseler Hundeverordnung - KHVO-) (Erste Änderung)

Vorlage des Magistrats
- 101.16.871 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Verordnung zur Änderung der Gefahrenabwehrverordnung über das Führen von Hunden in der Stadt Kassel (Kasseler Hundeverordnung - KHVO -) in der aus der Anlage 1 zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung.“

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: CDU, Stadtverordnete Yildirim
den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats betr. Verordnung zur Änderung der Gefahrenabwehrverordnung über das Führen von Hunden in der Stadt Kassel (Kasseler Hundeverordnung -KHVO-) (Erste Änderung), 101.16.871, wird **zugestimmt**.

33. Karlsplatz

Antrag der Fraktion B90/Grüne
- 101.16.872 -

Abgesetzt

34. Bewilligung von Mehraufwendungen/-auszahlungen gemäß § 114 f Abs. 1 HGO (vorläufige Haushaltsführung) für das Jahr 2008;

- Liste 2/2008 -
Vorlage des Magistrats
- 101.16.874 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung bewilligt gemäß § 114 f Abs. 1 HGO die in der beigefügten Liste 2/2008 enthaltene Mehraufwendung/-auszahlung (wirkt sich nach Inkrafttreten der Haushaltssatzung 2008 wie eine überplanmäßige Aufwendung/Auszahlung aus)
im Finanzhaushalt in Höhe von 780.000,00 €.“

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP, Stadtverordneter Häfner
Ablehnung: Stadtverordnete Yildirim
Enthaltung: Kasseler Linke.ASG
den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats betr. Bewilligung von Mehraufwendungen/-auszahlungen gemäß § 114 f Abs. 1 HGO (vorläufige Haushaltsführung) für das Jahr 2008; - Liste 2/2008 -, 101.16.874, wird **zugestimmt**.

35. Europäischen Sozial Fond (ESF) Förderung für Kassel

Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG
- 101.16.878 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert:

Über die Bedingungen der Förderung aus dem ESF und die bisherigen Aktivitäten des Magistrats in den nächsten Sitzungen des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen und des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport zu berichten.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG betr. Europäischen Sozialfond (ESF) Förderung für Kassel, 101.16.878, wird **zugestimmt**.

36. Grundstückserwerb und Grundstücksveräußerung in der Gemarkung Bettenhausen

Vorlage des Magistrats
- 101.16.876 -

Abgesetzt

37. Erbbaurechtsangelegenheit in der Gemarkung Kassel

Vorlage des Magistrats
- 101.16.877 -

Abgesetzt

38. Neugestaltung des Karlsplatzes

Antrag der FDP-Fraktion
- 101.16.888 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, die im Jahre 2005 diskutierten Planungen für eine Neugestaltung des Karlsplatzes, den Stand der damaligen Diskussion, die

weitere Entwicklung des Projekts sowie den Grund für deren Ende im Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr in der Sitzung im Mai 2008 vorzustellen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem Antrag der FDP-Fraktion betr. Neugestaltung des Karlsplatzes, 101.16.888, wird **zugestimmt**.

Ende der Sitzung: 20:35 Uhr

Jürgen Kaiser
Stadtverordnetenvorsteher

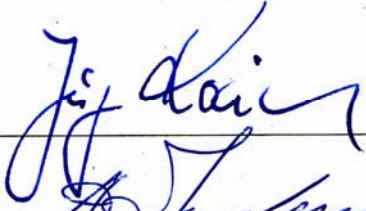
Heidi Woelk
Schriftführerin

Anwesenheitsliste

zur 22. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am
Montag, 21.04.2008, 16.00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadtverordneten, Rathaus, Kassel

Präsidium

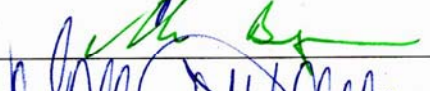
Jürgen Kaiser, SPD
Stadtverordnetenvorsteher



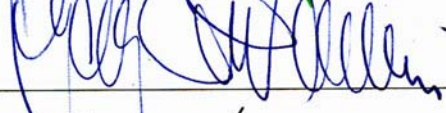
Hendrik Jordan, SPD
Stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher



Anke Bergmann, SPD
Stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin



Georg Lewandowski, CDU
Stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher



Helga Weber, B90/Grüne
Stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin



Stadtverordnete


Dr. Rabani Alekuzei, SPD
Stadtverordneter



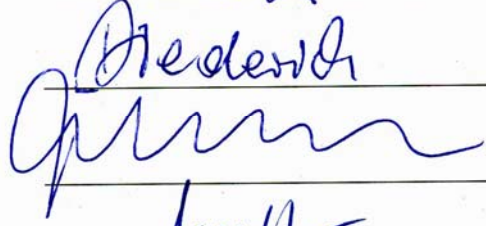
Barbara Bogdon, SPD
Stadtverordnete



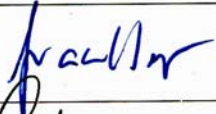
Wolfgang Decker, SPD
Stadtverordneter



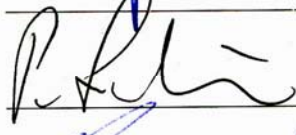
Hannelore Diederich, SPD
Stadtverordnete



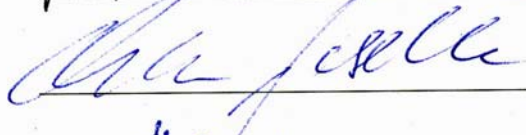
Dr. Manuel Eichler, SPD
Stadtverordneter



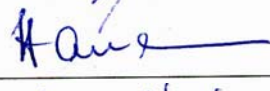
Uwe Frankenberger, SPD
Fraktionsvorsitzender



Petra Friedrich, SPD
Stadtverordnete



Christian Geselle, SPD
Stadtverordneter



Dr. Rainer Hanemann, SPD
Stadtverordneter



Dipl.-Ing. Hermann Hartig, SPD
Stadtverordneter



Elfi Heusinger von Waldegge, SPD
Stadtverordnete

entschuldigt

Dr. Bernd Hoppe, SPD
Stadtverordneter

Gabriele Jakat, SPD
Stadtverordnete

G. Jakat

Dr. Monika Junker-John, SPD
Stadtverordnete

M. Junker - John

Ellen Lappöhn, SPD
Stadtverordnete

E. Lappöhn

Peter Liebetrau, SPD
Stadtverordneter

P. Liebetrau

Ernst Meil, SPD
Stadtverordneter

Ernst Meil

Manfred Merz, SPD
Stadtverordneter

Manfred Merz

Lars Ramdohr, SPD
Stadtverordneter

Lars Ramdohr

Heidi Reimann, SPD
Stadtverordnete

Heidi Reimann

Wolfgang Rudolph, SPD
Stadtverordneter

Wolfgang Rudolph

Dr. Günther Schnell, SPD
Stadtverordneter

Günther Schnell

Elena Seewald, SPD
Stadtverordnete

E. Seewald

Harry Völler, SPD
Stadtverordneter

H. Völler

Volker Zeidler, SPD
Stadtverordneter

Volker Zeidler

Friedhelm Alster, CDU
Stadtverordneter

entschuldigt

Michael Bathon, CDU
Stadtverordneter

entschuldigt

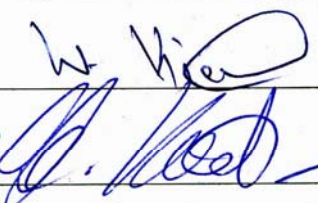
Dr. Maik Behschad, CDU
Stadtverordneter

M. Maik Behschad

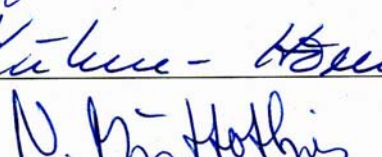
Bernd-Peter Doose, CDU
Stadtverordneter



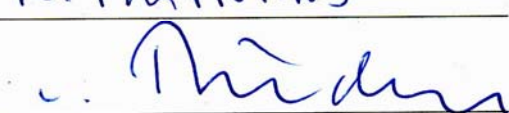
Dominique Kalb, CDU
Stadtverordneter



Wolfram Kieselbach, CDU
Stadtverordneter



Stefan Kortmann, CDU
Stadtverordneter



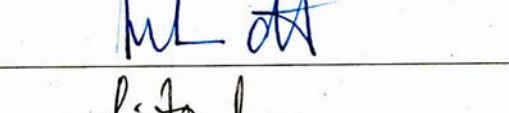
Eva Kühne-Hörmann, CDU
Fraktionsvorsitzende



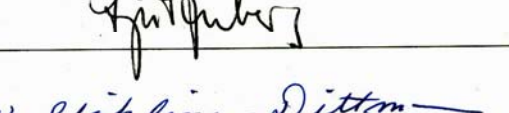
Nicola Mütterthies, CDU
Stadtverordneter



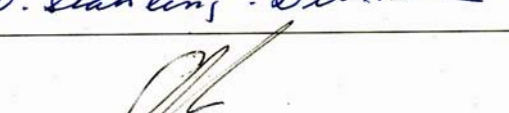
Dr. Michael von Rüden, CDU
Stadtverordneter



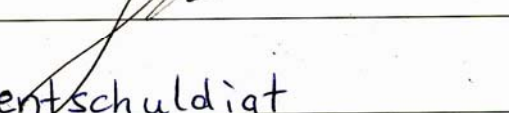
Sandra Rudolph, CDU
Stadtverordneter



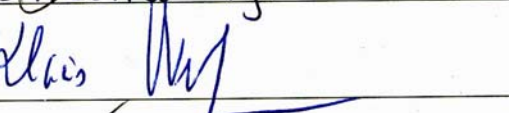
Bodo Schild, CDU
Stadtverordneter



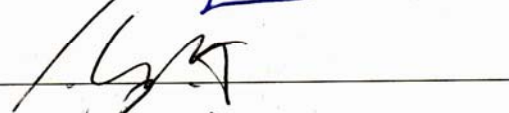
Lutz Schmidt, CDU
Stadtverordneter



Alfons Spitzenberg, CDU
Stadtverordneter



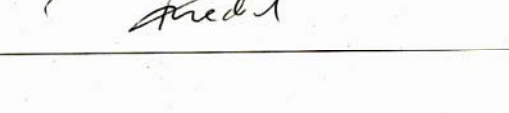
Waltraud Stähling-Dittmann, CDU
Stadtverordneter



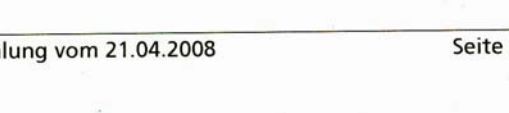
Donald Strube, CDU
Stadtverordneter



Johann Thießen, CDU
Stadtverordneter



Klaus Weschbach, CDU
Stadtverordneter



Dr. Norbert Wett, CDU
Stadtverordneter



Dieter Beig, B90/Grüne
Stadtverordneter

Wolfgang Friedrich, B90/Grüne
Stadtverordneter

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann, B90/Grüne
Stadtverordnete

Martina van den Hövel-Hanemann

Dr. Andreas Jürgens, B90/Grüne
Stadtverordneter

Andreas Jürgens

Anja Lipschik, B90/Grüne
Stadtverordnete

Anja Lipschik

Heike Mattern, parteilos
Stadtverordnete

H. Mattern

Karin Müller, B90/Grüne
Fraktionsvorsitzende

K. Müller

Dr. Klaus Ostermann, B90/Grüne
Stadtverordneter

Klaus Ostermann

Gernot Rönz, B90/Grüne
Stadtverordneter

G. Rönz

Roswitha Rüschenhof, parteilos
Stadtverordnete

R. Rüschenhof

Karl Schöberl, B90/Grüne
Stadtverordneter

K. Schöberl

Kai Boeddinghaus, Kasseler Linke.ASG
Stadtverordneter

entschuldigt

Norbert Domes, Kasseler Linke.ASG
Fraktionsvorsitzender

N. Domes

Ann-Christin Schomburg, Kasseler Linke.ASG
Stadtverordnete

entschuldigt

Axel Selbert, Kasseler Linke.ASG
Stadtverordneter

[Signature]

Dr. Marlis Wilde-Stockmeyer, Kasseler Linke.ASG
Stadtverordnete

Marlis Wilde-Stockmeyer

Heidrun Goebel-Feußner, FDP
Stadtverordnete

Heidrun Goebel-Feußner

André Lippert, FDP
Stadtverordneter

André Lippert

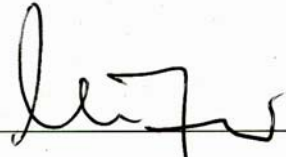
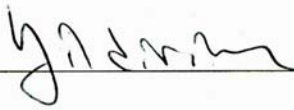
Frank Oberbrunner, FDP
Fraktionsvorsitzender

Frank Oberbrunner

Gisela Schmidt, FDP
Stadtverordnete

G. Schmidt

Bernd Wolfgang Häfner, FWG
Stadtverordneter


Nuray Yildirim, AUF Kassel
Stadtverordnete

Ausländerbeirat

Kamil Saygin,
Vorsitzender des Ausländerbeirats

Magistrat


Bertram Hilgen, SPD
Oberbürgermeister



Thomas-Erik Junge, CDU
Bürgermeister




Dr. Jürgen Barthel, SPD
Stadtkämmerer



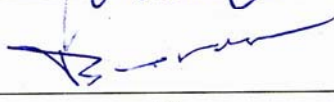
Anne Janz, B90/Grüne
Stadträtin



Norbert Witte, CDU
Stadtbaurat



Rogelio Barroso, Kasseler Linke.ASG
Ehrenamtlicher Stadtrat



Brigitte Bergholter, SPD
Ehrenamtliche Stadträtin



Jürgen Blutte, B90/Grüne
Ehrenamtlicher Stadtrat

entschuldigt

Heinz-Gunter Drubel, FDP
Ehrenamtlicher Stadtrat

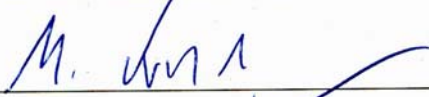


Esther Haß, SPD
Ehrenamtliche Stadträtin



Bärbel Hengst, CDU
Ehrenamtliche Stadträtin

Hermann Kirchberg, CDU
Ehrenamtlicher Stadtrat



Anita Mahrt, CDU
Ehrenamtliche Stadträtin

Anita Mahrt

Annett Martin, B90/Grüne
Ehrenamtliche Stadträtin

Annett Martin

Dirk-Ulrich Mende, SPD
Ehrenamtlicher Stadtrat

Dirk-Ulrich Mende

Hans-Jürgen Sandrock, SPD
Ehrenamtlicher Stadtrat

Hans-Jürgen Sandrock

Heinz Schmidt, CDU
Ehrenamtlicher Stadtrat

Heinz Schmidt

Hajo Schuy, SPD
Ehrenamtlicher Stadtrat

Hajo Schuy

Schriftführung

Anja Koch,
Schriftführerin

Anja Koch

Edith Schneider,
-16-

Edith Schneider

entschuldigt

Heidi Woelk,
Schriftführerin

Heidi Woelk

Heidi Woelk